



Liebe Kinderwunsch-Paare,

Juli 2003

die rot-grüne Bundesregierung will die künstliche Befruchtung (Insemination, IVF und ICSI) zum 1.1.2004 ersatzlos aus dem Leistungskatalog der Gesetzlichen Krankenversicherung streichen. Wir Paare von klein-putz.de, wunschkind.net und wunschkind e.V. werden uns dagegen wehren. Schließt Euch bitte unserem Protest an und schickt möglichst viele Briefe an die Bundesgesundheitsministerin sowie die Bundestagsabgeordneten Eures Wahlkreises. Einen Musterbrief findet Ihr unten und relevante Adressen im klein-putz-Forum. Da Mails meist unbeantwortet bleiben, unbedingt Briefe schicken.

Dieses Flugblatt (incl. Musterbrief) liegt auf unserer Homepage zum Download ab.

1) PDF-Datei: http://www.klein-putz.de/docs/aktion/handzettel_reform.pdf

2) Word-Datei: http://www.klein-putz.de/docs/aktion/handzettel_reform.doc

Als weitere Aktionen laufen derzeit eine Sammlung von Unterschriften, von Straplern (Motto "Schickt dem Kanzler das letzte Hemd") und Handabdrücken unserer Babys.

Alle unsere Aktionen findet Ihr hier: <http://reform.klein-putz.de>,
<http://www.wunschkind.net/aktion.html>, <http://www.wunschkind.de>,

Herzlichen Dank. klein-putz.de & wunschkind.net & wunschkind e.V.

An die
Bundesministerin für Gesundheit und soziale Sicherung
Frau Ulla Schmidt
Postfach 500
53105 Bonn

Streichung der Künstlichen Befruchtung aus dem GKV-Leistungskatalog

Sehr geehrte Frau Ministerin,

in Deutschland ist jedes sechste Paar ungewollt kinderlos. Die individuelle Spermienzahl hat sich in den letzten 50 Jahren nahezu halbiert und Experten sagen eine weitere dramatische Steigerung männlicher Fertilitätsstörungen voraus. Immer mehr Paare wenden sich daher zur Behandlung an die deutschen IVF-Zentren. Bei mehr als der Hälfte dieser Paare kann der Kinderwunsch erfüllt werden.

Vor diesem Hintergrund ist es für uns als betroffenes Paar nicht nachvollziehbar, dass Ihr Gesetzentwurf zur Gesundheitsreform die ersatzlose Streichung der künstlichen Befruchtung aus dem Leistungskatalog der Gesetzlichen Krankenversicherung vorsieht.

Allenthalben wird hierzulande die Gefahr der Vergreisung unserer Gesellschaft angemahnt. Ist es da nicht grotesk, dass denjenigen, die sich nichts sehnlicher wünschen als ein eigenes Kind, dieser Weg künftig verwehrt sein soll? Sie steuern damit mitten in die Zweiklassenmedizin: Kinderwunschbehandlung nur für Privatpatienten und Besserverdienende. Ist das Ihr Verständnis von sozialdemokratischer Politik?

Wir fordern Sie hiermit nachdrücklich auf, die geplante Streichung von § 27a SGB V zurückzunehmen.